

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 2970) vierteljährlich ohne Bestellgeld 56 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement RM. 2.60.

Stuttgart
Mittwoch, den 6. Juli
1898.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Fr. Klara Zetkin (Ehner), Stuttgart, Rothbüchelstraße 147, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwänglerstraße 12.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichniß.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen. — Ueber die Grenzen der Frauenemanzipation. Eine Frage der natürlichen Veranlagung beider Geschlechter. Von Dr. Allan Newento. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Die Reinen. Von Dorothee Goebeler. (Schluß.)
Notiztheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Frauenbewegung.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen.

Als eine gewaltige Schlacht, in der ein Hüben und Drüben nur galt, die von den Losungen beherrscht wurde: „Die bürgerliche Gesellschaftsordnung“, „Die Befreiung der Arbeit“, so erscheinen die letzten Reichstagswahlen. Wohl hatte die politische Situation eine andere Signatur und einen anderen Schlachtruf nahegelegt. Das Junkerthum hatte mit unverfälscht raubritterlicher Bewegtheit einen Vorstoß unternommen, um mit der Knebelung der politischen Freiheiten des Volkes diesem gegenüber die Machtstellung und Ausbeutungsgewalt der aus dem Stegreif lebenden, raubenden und reutenden Vorfahren zurückzuerobern. Und sein Beginnen hatte die verständnißsinnige Bundesbrüderschaft des kleinen, aber hochmögenden Klüngels der Schlotbarone gefunden. Denn wie der Adel von Geburts Gnaden so haßt der Adel von Geldsacks Gnaden die politischen Volksrechte als die Waffen, mittels deren die zinsende Masse wirksam ihre Interessen vertheidigt und für ihre Befreiung kämpft. Und wie dieser gegenüber der Landarbeiterschaft, so trachtet jener gegenüber dem industriellen Proletariat nach der vermehrten und gesicherten Ausbeutungsfreiheit, welche durch politische Rechtslosigkeit des Volkes verbürgt wird. So wurde der Kampf für die politischen Rechte — vor Allem für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht —, welche die Grundlage des Deutschen Reichs bilden und die Voraussetzungen für eine gesunde Fortentwicklung unseres sozialen Lebens sind, in den Vordergrund der Tagesinteressen gerückt, um welche sich der Wahlkampf drehte.

Diese Situation hätte eine bürgerliche Demokratie, welche wirklich dieses Namens werth ist und als politische, als geschichtliche Macht ernst genommen sein will, behufs Vertheidigung der gefährdeten Grundlage eines gesunden, modernen Staatslebens bis auf den letzten Mann auf die Schanze bringen müssen mit der Devise: „Gegen die Reaktion, mit der Sozialdemokratie und — wo es nicht anders sein kann — für die Sozialdemokratie.“ Aber so scharf hat der politische Klassenkampf sich in Deutschland zugespitzt, so kopfschen und feig schreckt das deutsche Bürgerthum vor der Machtentfaltung und dem Vordrängen des klassenbewußten Proletariats zurück, daß im Laufe der Wahlbewegung die sozialistischen Bestrebungen immer ausschließlicher zum Mittelpunkt wurden, um den der Parteien Streit wogte. Das Ringen gegen die reaktionären Gruppen, welche das Volksleben in die Vergangenheit zurückzwingen wollen und ihre Ideale aus der Kumpfkammer des Feudalismus und Absolutismus zusammenklauben, es trat zurück hinter den Kampf gegen die eine revolutionäre Partei, welche kühn der Zukunft entgegenschreitet und der die Flammenzeichen der Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, des freien Menschenthums für Alle voranleuchtet. „Gegen die Sozialdemokratie“, das ward je länger je lauter der Ruf, welcher bei allen bürgerlichen Parteien den Wahlkampf beherrschte.

Damit trat an Stelle des Kampfes für die bedrohten bürgerlichen Freiheiten und gegen die Reaktion der Kampf gegen die energischsten und machtvollsten Vertheidiger der politischen Rechte und zwar zum Nutzen der Reaktion. Mit herzerfrischender Deutlichkeit hat damit die deutsche bürgerliche Demokratie — von rühmlichen Ausnahmen abgesehen — ihrer politischen Einsicht und Kraft ein Armuthszeugniß geschrieben, wie es vernichtender nicht ausgeklügelt werden könnte. Das Wischen demokratischer Spiritus verflüchtigt rasch bei der Berührung mit dem proletarischen Klassenkampf. Erscheint das kämpfende Proletariat auf der Bildfläche, so beeilt sich der gut demokratisch brüllende Löwe des sanftmüthigen Grauchens Ohr vorlugen zu lassen und sich damit als der biedere Meister Zettel zu legitimiren. Kurzsichtigkeit und Schwäche, Guet Name ist bürgerliche Demokratie, kann Deutschlands Proletariat nach dem letzten Wahlkampf mit mehr Recht als je Denen antworten, die es auch nur für Vertheidigung seiner politischen Freiheiten mit dem Hinweis auf die bürgerlichen Oppositionsparteien narren wollen.

Schon vor den Hauptwahlen zeigte sich, daß zumal das norddeutsche Freisinnsgeschwister — sowohl die Wadenstrümpfer Nickerischer Gefolgschaft, wie die Wasserstiefel Nickerischer Observanz — den Schwerpunkt der Kampagne auf die Bekämpfung der Sozialdemokratie legten. Besonders charakteristisch dafür war das geradezu schmachvolle Kompromiß der bürgerlich Oppositionellen zu Frankfurt a. M., wo der farblose Kandidat des Ordnungskubdelmuddels von dem vornehmsten demokratischen Blatte gesegnet in den Strauß gegen die Sozialdemokratie zog. Welcher Hohn auf das Schlagwort von der „sozialen Demokratie“, mit dem gerade die „Frankfurter Zeitung“ so gern krebsen geht! Scharf wurde die Situation auch dadurch beleuchtet, daß die Freisinnigen den Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht bloß mit größerer Schärfe führten, als gegen die Reaktion, vielmehr gleichzeitig auch mit einem Unanstand, der sich dreist neben die schäbigsten Praktiken der „Sammlungspolitiker“ stellen darf. Nicht der drohende Vergangenheitsstaat der Junker und Junkergenossen war der zu bekämpfende Feind, vielmehr der sozialistische Zukunftsstaat mit seinen Greueln, wie die Augen der tugendsamen Spar-Agnes ihn vorahnend geschaut. Keine Lüge über die Ziele und den Charakter der Sozialdemokratie war zu gemein, keine Phantasie darüber zu albern, keine Verächtigung der sozialdemokratischen Führer zu niedrig, als daß sie nicht freisinnigerseits im Wahlkampfe ausgespielt worden wäre.

Bei den Stichwahlen aber vollendete die bürgerliche Demokratie, was sie bei den Hauptwahlen begonnen. Wohl wiesen die angesehensten demokratischen Organe klärlieh die Pflicht des liberalen Bürgerthums nach, unter allen Umständen die Reaktion zurückzumerfen, auch auf die Möglichkeit hin, dadurch den sozialdemokratischen Bestands an Mandaten zu vergrößern. Die Führer des norddeutschen Freisinn konnten sich zu der entsprechenden klipp und klaren Losung nicht aufschwingen. Mit der Politik der freien Hand für die Wähler öffneten sie dem widerlichsten Schacher mit Konservativen, Nationalliberalen und Zentrümlern Thür und Thor. Wohl forderten die Führer der süddeutschen Volkspartei ihre Getreuen auf, sich in den Stichwahlen zwischen Reaktionen und Sozialdemokraten für die Letzteren zu entscheiden und mit aller Energie für ihren Sieg zu wirken. Aber in Württemberg liefen die volksparteilichen Wähler in hellen Haufen zu den „Sammlungspolitikern“ über, die nur Dank dieser Hilfe über die Sozialdemo-

kratie zu triumphieren vermochten. Nur in Baden schwenkte die bürgerliche Demokratie nicht knieschlotternd nach rechts ab, marschierte vielmehr entschieden nach links und sicherte damit die sozialdemokratischen Siege in Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim. So gut wie auf der ganzen Linie hat mithin die bürgerliche Demokratie der Reaktion Hand- und Spanndienste geleistet. Dem im ersten Wahlgange verlorenen Terrain warf sie im zweiten Rennen die Ehre nach. Außerlich haben die Gruppen der bürgerlichen Linken damit manchen Erfolg eingeehmt. Nicht nur die sozialdemokratische Einsicht, daß dem großen Uebel des Sammlungs-politikers das kleinere des bürgerlichen Demokraten vorzuziehen sei, vermehrte ja die Zahl ihrer Mandate. Auch von Junker und Pfaffen Gnade fiel ihnen als Dank für ihre „Sozialisten töderei“ mancher Sitz zu. Aber an Ansehen und innerer Stärke mehr als alle anderen bürgerlichen Parteien geschädigt, gehen sie aus dem Wahlkampfe hervor. Befiegelt ist, daß das sogenannte „unentwegte“ liberale Bürgertum in Deutschland darauf verzichtet, das halbabsolutistisch-feudale Reich zu einem politisch freien Gemeinwesen „jung zu hämmern“. Diese Aufgabe ist dem Jung-Siegfried des deutschen Proletariats zugefallen.

Ueber alle Maßen kläglich war auch die Haltung der Nationalsozialen. Im Handumdrehen wurde ihr reformlerisches Mundspitzen zu einem reaktionären Pfeifen. In den Stichwahlen traten sie überall als der Sammlungspolitiker getreueste Handlanger auf. Das mögen empfindsame Seelen bejammern, die gläubig auf die „konsequente Weiterentwicklung nach links“ der „Schwärmer und Träumer“ um Naumann warteten. Nicht so die klassenbewußten Proletarier. Von Anfang an haben sie den Charakter der Gruppe richtig bewerthet, und gegenwärtig konnten sie des Reformpudels reaktionären Kern um so ruhiger erscheinen sehen, als die im Wahlkampfe erwiesene politische Bedeutungslosigkeit der Nationalsozialen ihrer arbeiterfeindlichen Haltung die Wage hält.

Posadowskys, des Sammlungsstrommlers Ideal verwirklichte sich also: für einen Augenblick fand sich die „eine reaktionäre Masse“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammen. Was die Interessen der Besitzenden in Haß gegen die Partei der Besitzlosen zusammensügte, das kann kein reformlerisches, kein demokratisches Programm scheiden. Von Feinden umringt, von rechts und links her bedrängt, so stand die Sozialdemokratie im Kampfe wider Junker und Junkergenossen, so kämpfte sie mit aller Wucht gegen die Reaktion. Der Kampf für die bürgerliche Freiheit fiel zusammen mit dem proletarischen Klassenkampf gegen die bürgerliche Welt.

Erfolgreicher als irgend eine Partei hat die Sozialdemokratie die Wahlschlacht bestanden. In einem Drittel der Wahlkreise siegte sie im ersten Anlaufe oder kam sie in die Stichwahl. 32 Mandate — acht mehr als in der Hauptwahl von 1893 — fielen ihr zu, an 101 von 188 Stichwahlen war sie beteiligt, und ihre Haltung bestimmte in einer Reihe von Wahlkreisen den Ausfall des zweiten Wahlganges. Die Stichwahlen haben die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsitze auf 56 erhöht, als die drittstärkste Fraktion kehrt die Partei „des Umsturzes“ in den Ballotbau zurück. Die süddeutsche Volkspartei hat fast alle ihre Mandate nur Dank der sozialdemokratischen Unterstützung im zweiten Wahlgange unter Dach und Fach gebracht. In 12 Wahlkreisen, welche der Freisinn errang, humpelte er auf sozialdemokratischen Krücken als Sieger von der Wahlstatt. Wahrlich nicht der schwächlichen bürgerlichen Demokratie zu Liebe ist die Sozialdemokratie bei den Stichwahlen Mann für Mann für die linksstehenden bürgerlichen Kandidaten eingetreten, wohl aber der Reaktion zu Leide. Daß die bürgerliche Demokratie nicht das gleiche Maß der politischen Einsicht geübt hat, haben wir bereits angeführt. Eine ganze Reihe von Wahlkreisen, wo die Sozialdemokratie mit Sammlungsbrüdern ins Stechen kam, ist durch den Verrath der bürgerlichen Demokratie an ihren eigenen Prinzipien der Reaktion ausgeliefert worden. Sing in der Folge unserer Partei mancher sicher gewählte Sieg verloren, so blieb ihr eine starke Genugthuung. Mit verschwindenden Ausnahmen hat sie auch im zweiten Anlaufe ihre Mandate aus eigener Kraft geholt, gegen den Ansturm der einen reaktionären Masse. Ein nicht mißzubedeutendes Anzeichen für die künftigen Wahlkämpfe. Mehr als je muß und wird in Zukunft die Sozialdemokratie auch bei

Stichwahlen nur durch eigene Kraft siegen. Jede weitere Machtentfaltung ihrerseits läßt das Familiengezänk der feindlichen bürgerlichen Brüder verstummen und wirft sie „gesammelt“ einander in die Arme zur Niederzwingung der „Nothen“. Da ist denn für die Stichwahlen nicht auf einen entscheidenden Stimmengewinn aus bürgerlichen Kreisen zu rechnen, da gilt es vielmehr Reservetruppen aus der indifferent gebliebenen proletarischen Masse heranzuziehen. Diese Situation macht eins zur Pflicht: höchste Kraftentfaltung schon im ersten Wahlgang, um die Proletarier bis zum letzten Mann zur Urne zu bringen und durch den Aufmarsch der Arbeiterbataillone die Stichwahl von vornherein überflüssig zu machen.

Gewiß, daß die Sozialdemokratie neben glänzenden Siegen auch schmerzliche Niederlagen zu verzeichnen hat. Zwölf Wahlkreise sind ihr entrisen worden. Mehrere hervorragende Industriezentren — so Plauen, Mittweida, Reichenbach-Neurode, Dortmund u. — werden im künftigen Reichstage nicht mehr eine proletarische Vertretung haben. Kiel und Stettin gingen verloren. In Berlin sind zwei Wahlkreise an den Freisinn zurückgefallen, obgleich die Genossen in den Stichwahlen mit größter Energie kämpften. Peinlicher als alle anderen Verluste berührt der von Solingen, denn nur unerhörter Verrath aus den eigenen Reihen hat es dem Nationalliberalismus ermöglicht, seine Fahne auf dieser Hochburg der proletarischen Bewegung aufzupflanzen.

Aber den entrisenen zwölf Wahlkreisen stehen zwanzig neu-eroberte oder zurückgewonnene Mandate gegenüber, und unter ihnen befinden sich solche, um welche die Sozialdemokratie seit langen Jahren gerungen hat, so die Reichstagsitze von Stuttgart, Dresden-Mittstadt, Pforzheim u. Marksteinen gleich, künden diese Eroberungen, über welch großes und neues Gebiet der sozialdemokratische Einfluß sich erstreckt, welch breite Massen als Machtangebot hinter der Sozialdemokratie stehen. Von Furcht und Haß bewegt, konstatiren die Gegner, daß sich am 16. Juni mehr als zwei Millionen Wähler um das rothe Banner der „vaterlandslosen Gesellen“ geschaart haben. In Württemberg hat die Sozialdemokratie, von der auf das Land wandernden Industrie geführt, festen Fuß in ländlichen Bezirken gefaßt. Sie hat von Ludwigs-hafen aus Besitz von einem breiten Strich der Pfalz ergriffen. In Oberschlesien ist der Zentrumshegemonie zum Trotz die Zahl ihrer Anhänger geradezu reißend angeschwollen. Mit Hungerpeitsche und landrätlicher Betriebsamkeit, mit den Rücken und Tücken, die der Geldsack und die politische Macht ermöglichen, konnte das Junkerthum dem gewaltigen Steigen der sozialdemokratischen Fluth in Ostpreußen nicht wehren. Breite Schichten von Mecklenburgern haben sich auf sozialdemokratische Kandidaten gezählt, und Klostod wird durch einen „Umstürzler“ im Reichstag vertreten sein. Und Sachsen? Nun das werththätige Volk des Landes hat den Umstürzern von Oben in Frakturchrift über die Wahlentrechtung und die Verschlechterung des Versammlungsrechts quittirt. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfielen rund 29 000 Stimmen mehr, als auf die Ordnungsparteiler zusammen; zwölf von dreißig und zwanzig sächsischen Reichstagsabgeordneten sind Sozialdemokraten. Lernt, ihr seid gewarnt, predigen diese Thatfachen den Mächte-geren-Staatsstreiklern, deren grimmer Haß das Reichstagswahlrecht umschleicht.

Neben den industriellen sind es ländliche Bezirke, sind es kleine Städte, die eine starke Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen aufweisen. Die Erscheinung ist erfreulich. Sie zeigt, daß die sozialdemokratischen Ideen ihren Weg aus den Industriezentren und Großstädten langsam, aber sicher auf das Land finden, wo die kapitalistische Entwicklung den Boden für ihre Aufnahme pflügt. Sie beweist, daß außer dem Proletariat auch andere Schichten des werththätigen Volkes ihr Heil aus dem Gegenwartselend nicht mehr in einem Zurück in die Vergangenheit suchen, sondern in einem Vorwärts in die Zukunft. Sie läßt erkennen, daß die Sozialdemokratie ihre größte werbende Kraft dort entfaltet, wo die Agitation für ihre Endziele vor dem Geplänkel um Tagesinteressen in den Vordergrund gedrängt wird. Große Ziele setzen große Massen in Bewegung.

Die Gegner suchen sich über die unbequeme Thatfache der sozialdemokratischen Machtentfaltung hinwegzutäuschen, indem sie darüber jubiliren, daß die sozialdemokratischen Stimmen in einigen

Großstädten und Industriezentren nur wenig zugenommen haben, beziehungsweise zurückgegangen sind. Die Sozialdemokratie kann ihnen das Vergnügen gönnen, es wird nicht lange währen. Die Partei der „Unzufriedenen“ und „Begehrlichen“ rastet ja nicht auf dem Schlummerkissen, daß die beregte Erscheinung sich lediglich durch die Abschiebung proletarischer Wählermassen in die Peripherie der Großstädte erklärt, lediglich dadurch bedingt ist, daß die Sozialdemokratie hier und da alle ihre erreichbaren Elemente sich eingegliedert hat. Sie prüft vielmehr, ob der Stillstand, beziehungsweise das Rückwärts der sozialdemokratischen Stimmziffer nicht auch zusammenhängt mit einem Manko an Organisation und Agitation, einem Weniger an Begeisterung, Geschlossenheit und Zielklarheit, einem Abirren der Taktik von dem geschichtlich vorgezeichneten Wege. Und dort, wo ruhige Selbstprüfung der Partei ein Mehr oder Besser zuruft, da wird erhöhte Energie und Pflichttreue bald neue, gewaltige Fortschritte zeitigen.

Nach der machtvollen äußeren Kraftentfaltung die regsame Arbeit für die innere Klärung, Festigung, Fortentwicklung! Errungene Siege verpflichten! Es gilt das Eroberte zu halten, neue Errungenschaften anzubahnen, die gewonnenen Mitläufer zu zielklaren Parteigängern zu erziehen, sich über die sichersten und kürzesten Wege zum Ziele zu vergewissern. Soll die Partei zielklar und geschlossen ihre Aufgaben erfüllen, so muß eine Reihe hochwichtiger Materien erörtert werden. Es gilt sich zu entscheiden über die Frage der Taktik, die in Hamburg durch die „Kanonenfrage“ angeschnitten, die durch den Fall Heine zugespitzt worden ist. Die Haltung des „Vorwärts“ in Sachen der Kolonialpolitik und in anderen Beziehungen fordert eine ruhige und sachliche Auseinandersetzung heraus und macht eine grundsätzliche Stellungnahme der Partei zur Frage der Kolonialpolitik nötig. Die Diskussion des Bernsteinischen Standpunktes in grundsätzlichen und taktischen Problemen ist unabweisbar. Kurz Arbeit in Hülle und Fülle. Denn die Sozialdemokratie glaubt nicht, sie untersucht und lernt; sie rastet und rostet nicht, sie kämpft. In steter Entwicklung nach Innen und Außen bereitet sie neue Siege vor, dem Kapital zum Trotz, der Arbeit zum Schutz.

Heber die Grenzen der Frauen-Emanzipation.

Eine Frage der natürlichen Veranlagung beider Geschlechter.

Also lautete das Thema eines von Herrn Dr. Panizza am 16. d. Mtz. vor der Akademisch-Sozialwissenschaftlichen Vereinigung in Zürich gehaltenen Vortrags, dessen Inhalt hier in Kürze wiedergegeben und besprochen werden soll.*

In einer höchst eigenartigen, gewiß originellen, andererseits aber ungeheuer einseitigen und das weibliche Geschlecht bei Weitem nicht zu seinem Recht kommen lassenden Weise führte er die Differenzen in der intellektuellen, sittlichen und körperlichen Veranlagung der beiden Geschlechter auf die verschiedene Art der Bethätigung ihres Liebeslebens, ihrer erotischen Bewegungen zurück.

Der Mann sei der Angreifer, der Eroberer; das Weib dagegen die Angegriffene, die Duldende. Der erste Geschlechtsakt gehe stets vom Manne aus und werde von diesem vermittelt eines Gewaltstreiches ausgeübt. Ohne diesen würde ein geschlechtlicher Verkehr nie stattfinden. Historisch sei diesbezüglich der Brautraub höchst interessant und beweiskräftig, (!) und noch heutzutage werde im bayerischen Hochgebirge von dem Bauernmädchen der Bräutigam erst dann als solcher anerkannt, wenn er diesen ersten Gewaltstreich ausgeführt hätte. Aus dieser Angriffsstellung des Mannes im Liebesleben resultiere dann seine Stellung im Leben überhaupt; das sei der Keim seines Muthes, seiner Entschlossenheit, seiner Thatkraft.

* Die folgenden Ausführungen zeigen, wie einseitig und unfruchtbar es ist; die Eigenart des weiblichen Geschlechts einzig und allein aus der „natürlichen Veranlagung“ der Frau erklären zu wollen, ohne Berücksichtigung des geschichtlichen Milieus, in dem diese „natürliche Veranlagung“ sich entwickelt. Wir bedauern, daß die Kritik des Panizzaschen Standpunktes dies nicht betont hat, daß sie sich darauf beschränkt, die Einzelheiten zurückzuweisen, statt vor allem das Unzulängliche der Gesamtaufassung darzutun. Das Für und Wider enthält jedoch so manches Interessante und Anregende, daß wir trotz der gekennzeichneten Einseitigkeit die Einsendung veröffentlichen.

Die Redaktion.

Die Voraussetzung seiner erotischen Angriffsstellung aber sei seine physische Ueberlegenheit, seine körperliche Kraft.

Ganz anders das Weib, es sei die passive Dulderin. Die emanzipirteste Yankeeedame verliere zu der Zeit, wo ihre Maturität sich in der Form erotischer Bedürfnisse geltend mache, dem Manne gegenüber alle ihre männerähnlichen Gepflogenheiten und werde zum schwächernen Mädchen. Zu solchen Verufen wie den eines Kapitäns oder Soldaten sei das Weib wegen Mangels an Muth und Entschlossenheit überhaupt nicht geeignet.

Als zweites für die Veranlagung beider Geschlechter maßgebendes Moment bezeichnete der Redner alsdann die Verschiedenheit der geschlechtlichen Befriedigungsbefähigung bei Mann und Weib. Aus der Thatsache, daß der Mann innerhalb einer gegebenen Zeit nur in beschränkter Weise verschiedene Weiber geschlechtlich befriedigen kann, dem Weibe aber in der Anzahl der Männer, welche es zu befriedigen im Stande ist, eine derartige Grenze nicht gezogen ist, resultire für Ersteren seine Standhaftigkeit, Charakterfestigkeit, seine natürliche Begabung zur Monogamie, für das Weib aber seine Unberechenbarkeit, Charakterlosigkeit (Charakter soll nur das Treubleiben einmal gefaßten Neigungen, Beschlüssen oder Ansichten gegenüber bedeuten), Hang zur Polygamie. Daß die Prostitution sich nur beim weiblichen Geschlecht findet, habe nur darin seinen Grund, daß ein männlicher Prostituirter bei der physischen Veranlagung seines Geschlechts überhaupt nicht denkbar sei.

Ganz eigenthümlich sei ferner bei dem Weibe seine Neigung zu den Schwarzen. Er (der Redner) hätte nicht genug staunen können, als er bei Ankunft der Gefangenenzüge in Deutschland während des deutsch-französischen Krieges als junger Lateinschüler die Damen zu Hunderten zu den Bahnhöfen hätte strömen sehen, um die Turkos anzugaffen und ihnen ihre Sympathien in Blicken, Worten, Backwerk und Liqueuren zu bekunden!

In gleicher Weise hätte er beobachtet, wie bei einer zu Schauvorstellungen umherwandernden Negertruppe die weißen Damen sich ganz außerordentlich für die schwarzen Männer interessirt, ja sie um geschlechtlichen Verkehr angegangen hätten. (Thatsächlich brachten in Wien im vorigen Jahre zwei höhere Beamtenfrauen Negerbuben zur Welt. D. Verf.)

Andererseits aber beruhe auf der männlichen Standhaftigkeit der Hang des Mannes zur Orthodoxie, seine intellektuelle Schwermüdigkeit. Das Weib sei bei seiner Veränderlichkeit fähiger, neue Ideen schneller zu fassen, soziale Schäden besser zu sehen, und es seien Revolutionen meistens vom weiblichen Geschlechte ausgegangen. Historisch sei für den männlichen Orthodoxismus bezeichnend das Verhalten der ersten Christenjuden gegenüber Weibern aus dem Geschlechte der Unbeschnittenen, die zu heirathen sie sich nicht entschließen konnten, während das judenchristliche Weib ohne Bedenken ihre Hand dem nichtbeschnittenen Manne gab.

Der Redner führte ferner aus, daß den Frauen, im Gegensatz zu den Männern, jeder Pathos fehle, ein Umstand, dessen Ursache im Mangel des erotischen Pathos zu suchen sei. Ein Kanzelredner wie Bossuet wäre als Frau nie möglich gewesen, und wenn man die Rede eines Lassalle für die Gräfin Hayfeld lese, so komme man zur Ueberzeugung, daß ein Weib ein Gleiches nie hätte leisten können.

Das Weib stehe also dem Manne in physischer Hinsicht nach, auch fehle ihm der Pathos und der Ethos. „Was“, fuhr der Redner fort, „bleibt dem Weibe also noch übrig?“ — Die Aesthetik! Ein Byron und ein Wagner seien nur durch die Protektion von Frauen aufgefunden, eine Protektion, welche diese jedoch nicht in agitatorischer Weise ausgeübt hätten, sondern lediglich, indem sie in der ihnen eigenthümlichen schlichten Weise ihr Wohlgefallen an den Kunstprodukten bekundeten, für welche sie bei ihrer lebendigeren Auffassungsgabe in ästhetischen Dingen Interesse empfanden und so auch die Männer zum Theaterbesuch verleiteten und deren Urtheil umstimmten. Auch in der Toilette seien es die Damen, welche durch einen ständigen Wechsel derselben ihrem feinen Geschmack lebendigen Ausdruck gäben und so ihren Kunstsinne bekundeten. Eine weitere Befähigung des Weibes liege in der Gabe, seine eigene Meinung anderen in leicht faßlicher Weise beizubringen, zu überreden, aufzuschwächen, zu handeln, zu feilschen.

Hieraus ergebe sich ihre Begabung zum Handelsstande, und jene Geschäfte, welche anstatt der commis-voyageurs commi-voyageuses anstellten, begingen gewiß keinen Fehler.

In dieser Weise lasse sich also die ganze natürliche Veranlagung beider Geschlechter auf intellektuellem, physischem und ethischem Gebiet auf ihre verschiedenartige Bethätigung im Geschlechtsleben zurückführen. Der Mann besitze als Angreifer Muth und Entschlossenheit, auf geistigem Gebiete sei er der eigenmächtige Forscher, der Weiterdringer. Die Beschränktheit seiner geschlechtlichen Befriedigungsfähigkeit aber sei der Keim seiner Standhaftigkeit, Treue, Charakterfestigkeit, monogamen Veranlagung, andererseits aber seines Orthodoxis-

mus, seiner intellektuellen und ästhetischen Schwerfälligkeit. Für das Weib aber bestehe bezüglich aller dieser Punkte das Gegenteil.

Eine lebhafteste Diskussion schloß sich an den Vortrag an; die verschiedensten Meinungen wurden geäußert. Von einer Seite wurde dem Vortragenden sogar der Vorwurf gemacht, er könne seine Ausführungen unmöglich ernst gemeint haben. Ich halte diesen Vorwurf für unberechtigt und möchte dem Redner jene Hochachtung nicht verweigern, die einem denkenden Manne gebührt, der seine Ansichten nicht auf einen Parteikatechismus, sondern auf eigene Ueberzeugung und Forschung gründet.

Seiner Grundansicht, daß das Geschlecht für die Veranlagung bestimmend ist, können wir insofern beitreten, als ja die Kastration des Mannes vor der Pubertät allerdings einen entschiedenen Einfluß auf seine körperliche Bildung (Brust, Stimme, Teint u.) ausübt und ihm den Stempel der Weiblichkeit aufzudrücken scheint. Nur hat Herr Dr. Panizza die Weiblichkeit selbst nicht richtig erfaßt. Er zeigt, daß gewisse Fähigkeiten (bezw. Unfähigkeiten) und Charakterzüge des Weibes auf gewisse Erscheinungen im Geschlechtsleben zurückzuführen sind, aber diese besonderen Eigenschaften sind zum größten Theil gar nicht vorhanden. Sein Vorgehen erinnert an dasjenige eines gewissen Gelehrten, der in wunderbarer Weise den Beweis lieferte, daß das Wasser mit den Fischen schwerer sei, als das Wasser ohne die Fische, der dabei aber vergaß, zu untersuchen, ob das Wasser mit den Fischen schwerer sei, als das ohne Fische.

Abgesehen von dieser unrichtigen Auffassung oder Darstellung der Thatsachen (z. B. der angeblichen Neigung der Frauen zur Polygamie) hat der Redner den weiteren schweren Fehler begangen, manche Ausnahme zur Regel zu machen. So die Neigung des Weibes zu den „Schwarzen“! In Amerika, wo das weiße Weib gewiß genug Gelegenheit hat, einem „Schwarzen“ seine Gunst zu schenken, zeigt sich vielmehr den Negern gegenüber eine ganz entschiedene Abneigung. Ihre Ausdünstung ist den Frauen ekelerregend. Und was das Verhalten gewisser hysterischer, überreizter, in ihrer eigenen Ehe aber unbefriedigter Weiber anbetrifft, nun, so dürfte ein Gleiches seitens krankhafter, zerrütteter Männer wohl auch vorkommen. Schreiber dieses weiß aus eigener Anschauung, wie beliebt beispielsweise in gewissen Londoner Kreisen Negerinnen-Prostituirte sind.

Wenn der Redner beim Weibe einen Hang zur Polygamie aus der Thatsache der Prostitution herleitet, so begeht er damit gewiß einen sehr groben Fehler. Die Wurzel der Prostitution ist die Noth, nicht aber ein Hang zur Vielmännerei! Ob übrigens nicht vielmehr dem Manne ein Hang zur Vielweiberei innewohnt, ist zum Mindesten zweifel-

haft. Eine diesbezügliche statistische Erhebung (im Sinne von Gystrow, „Neue Zeit“, Nr. 36) dürfte kaum zu seinen Gunsten ausfallen. Der Mann, welcher in der Ehe zum ersten Male geschlechtlich verkehrt, ist eine relative Seltenheit, während das Weib doch meistens als Jungfrau heirathet.

Bossuet und Laffalle waren als Beispiele der Eigenart männlicher Begabung auch sehr schlecht gewählt. Man muß, um einen Vergleich zwischen der Veranlagung beider Geschlechter anzustellen, den Durchschnittsmann mit dem Durchschnittsweib vergleichen und darf keine ausnahmsweise Persönlichkeiten zum Vergleich heranziehen. Sonst könnte man auch wohl die Frage aufwerfen, wer denn in Wirklichkeit regiert hätte, eine Moesa oder ein Heliogabalus, eine Frau Riez oder der „dicke Wilhelm“, eine Marquise von Pompadour oder ein Ludwig XV. Und aus der Beantwortung dieser Fragen könnte man den Schluß ziehen, daß die Triebfeder jedes Handelns eines Mannes ein Weib sei. Oder man könnte die Potiphar zittiren und das Weib zur erotischen Angreiferin machen.

Was den Heeresdienst anbetrifft, so sollen, wie der Verfasser dieser Zeilen von einem englischen Offizier gehört hat, die Amazonen unter Umständen weit gefährlichere Gegner sein, als Soldaten. Der allgemeine Ausschluß des Weibes vom Heeresdienst ist also wohl in anderen Ursachen zu suchen, als Herr Panizza annimmt, und dürfte ein sehr günstiges Zeugniß für die weibliche Ethik sein.* Wir erinnern nur daran, daß bei gewissen religiösen Sekten auch die Männer den Heeresdienst verweigern; und zwar geben sie nicht die Furcht vor Strapazen als Grund hierfür an, sondern vielmehr die Unmoralität des Krieges — ein Grund, der freilich trotz der staatlich garantierten Gewissensfreiheit unter Anwendung schwerer Strafen ignoriert wird. Macht ist Recht! — Was die Toilette anbetrifft, so stimmen wir mit dem Redner durchaus nicht darin überein, daß er im Wechsel der Mode eine Aeußerung des Geschmacks sieht, vielmehr ist sie das Zeichen der äußersten Geschmacklosigkeit, indem sie jede Individualität tödtet und alles nach ein und derselben Schablone nivellirt. Man findet eben manches unschön, unpraktisch oder unbequem, aber: „Man muß mitmachen!“ Uebrigens haben die Männer vor nicht allzulanger Zeit auch noch Seiden- und Spitzen-

* Der Umstand, daß die Frauen keinen Heeresdienst leisten, ist unserer Ansicht nach keineswegs ein Zeugniß für eine besondere und höhere „weibliche Ethik“. Er erklärt sich durch ein Zusammenwirken ganz anderer als sittlicher Gründe.
Die Redaktion.

Die Keinen.

Von Dorothee Goebele.

(Nachdruck nur mit Erlaubniß der Verfasserin gestattet.)

(Schluß.)

Passanten fanden Helene und veranlaßten ihre Ueberführung in ein Krankenhaus; dort wurde ihr Sohn geboren.

Sie war sehr krank. Erst nach Tagen überwand ihr jugendstarker Körper die drohende Todesgefahr. Sie würde leben, sagten die Aerzte.

Sie würde leben! — Sie hörte es ohne Freude. Was konnte ihr das Leben noch sein? So lange sie in harter Arbeit mit dem Dasein gerungen, hatte sie doch ein Ziel vor Augen gehabt, das Ziel, die Achtung Derer zu gewinnen, welche die Welt die gute Gesellschaft nennt. Dann war Richard Dernburg in ihr Dasein getreten, und sie hatte ihr Streben willig ihm geopfert. Was lag ihr an der Meinung der Welt, wenn er sie seiner Liebe für würdig hielt? Er war ihr Abgott gewesen, ihr Held, zu dem sie aufgesehen hatte. Jetzt war der Held von seinem Piedestal gestürzt. Hätte er seine Liebe einer anderen zugewendet, sie wäre von ihm gegangen leidvoll, aber doch noch immer voll Liebe für ihn. Nun hatte er sie einfach belogen, schlimmer noch, er hatte sie selbst zur Mitschuldigen seiner Lügen machen wollen. Das ertrug sie nicht, das hatte ihre Liebe mit einem Schlage getödtet.

Während sie ihren Grübeleien nachhing, wurde ihr ein Brief gebracht. Sie erkannte die Handschrift ihres Geliebten, ein bitteres Lächeln zog um ihren Mund. Was wollte er noch von ihr? Sie war nicht geschaffen für Halbheit und Hohlheit. Der Mann, welcher der Einen Liebe versicherte und zugleich um eine Andere warb, war für sie von jeher der Inbegriff alles Erbärmlichen gewesen, und als solch ein Erbärmlicher hatte Richard Dernburg sich gezeigt. Was also sollte der Brief?

Trotzdem öffnete sie das Kouvert. Ein paar Hundertmarkscheine fielen heraus. Geld auch noch? Sie runzelte die Stirne, dann las sie: „Lieber Schatz!

Du hast in einer Anwandlung mir unfasbarer Prüderie mein Haus verlassen. Wäre ich wirklich der Lump, für den zu halten Du Dich berechtigt glaubst, so hätte ich jetzt die beste Gelegenheit, mit Dir zu brechen. Ich weiß jedoch, was ich Dir und unserem Kinde schuldig bin. Verfüge über das Beliegende nach Deinem Belieben und laß mich wissen, wann ich Dich aufsuchen kann, denn an der letzten häßlichen Szene war doch entschieden nur Dein Zustand schuld, nicht wahr Lieb? Dein R. D.“

Sie ließ den Brief auf die Bettdecke fallen und starrte eine Weile finster vor sich hin. Dann bat sie die Pflegegeschwester um Schreibutensilien, adressirte ein Kouvert an Herrn Richard Dernburg, schob das Geld und den erhaltenen Brief hinein und übergab das Ganze zur sofortigen Bestellung.

Fertig! Sie ließ sich in die Kissen fallen und schloß die Augen, sie war so müde — warum sollte sie noch leben? Warum kam der Tod nicht auch zu ihr? Und wenn er nicht kam, warum sollte sie nicht zu ihm gehen? Vor ihren Augen stand plötzlich eine Stelle am kleinen Wannsee, eine stille Stelle, wo der Wald bis dicht an das Wasser reichte, und die Ufer sich in sanfter Neigung niedersenkten. Warum sollte sie nicht dorthin? Warum nicht dorthin sterben gehen?

Der Gedanke gewährte ihr eine Art schmerzlicher Wollust. Sie malte sich aus, wie sie in das Wasser hineingehen würde, immer tiefer und tiefer, bis es über ihrem Haupte zusammenschlug. Im Sommer werfen die Wellen sie dann vielleicht an das Land, vielleicht gerade vor der Dernburgschen Villa — sie und das Kind. Denn das Kind nahm sie mit. Was sollte es auf der Welt? Groß werden wie sie? In Schande und Noth, allem Bösen und aller Versuchung preisgegeben?

röcke getragen, und frühere Zeitalter weisen zum Theil mehr Männer- als Weiberschmuck auf.

Unter anderen wurde dem Redner in der Diskussion auch der Vorwurf gemacht, er hätte seine Studien zu sehr auf das moderne Weib beschränkt, anstatt auch das Weib in primitiven Urzuständen zu beobachten. Allerdings eine schwierige Sache!

Wir stehen der Versuchung nahe, noch manches andere in der Diskussion gefallene Wort hinzuzufügen, glauben aber ohnehin den gebührenden Raum schon überschritten zu haben, weswegen wir die weitere Kritik dem Leser überlassen müssen.

Herrn Dr. Panizza aber empfehlen wir die Lektüre eines im ersten Junihefte der „Neuen Zeit“ erschienenen Aufsatzes von G. Gystrow: „Die Nachfrage beim Dürrenlauf. Ein Beitrag zur Psychologie der Prostituirten“, sowie eines anderen in den „Bayreuther Blättern“ (1898, III.—IV. Stück) von A. Belleman: „Zur ethischen Beurtheilung der Meinungskonsumption, insbesondere der Mode.“ Herr Dr. Panizza wird dort über Prostitution und Mode vielleicht manches finden, was ihn interessiert. Dr. Allan Menvento.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. In der Wahlbewegung war Genossin Zieh-Hamburg thätig in Schleswig-Holstein, der Rheinprovinz und Westfalen. Anfangs Mai fanden Volksversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahlen“ in Ijehoe, Wilster, Rendsburg, Büteltdorf, Gutin und Segeberg. Die Versammlungen waren sehr gut besucht, ja zum Theil überfüllt, und mit Begeisterung wurden die Ausführungen der Referenten aufgenommen. Ueberall versprachen die Anwesenden, mit aller Kraft für die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Vom 23. Mai bis 16. Juni sprach Genossin Zieh über das angegebene Thema in Volksversammlungen in Köln, Kalk, Rippes, Mülheim a. Rhein, Mülheim a. Ruhr, Duisburg, Dümpten, Haarzopf, Krefeld, Nachen, Guskirchen, Dünwaldt, Neuwied, Kreuznach, Effen, Elberfeld, Barmen und Düsseldorf. Auch hier waren die Versammlungen gut besucht, an manchen Orten überfüllt. Letzteres war z. B. der Fall in Köln, wo wir leider kein allzugroßes Lokal zur Verfügung haben, und in Nachen, wo vor dem Saale fast ebenso viele Zuhörer standen, als drinnen anwesend waren. In Duisburg war der große Saal der Schützenburg bis auf den letzten Platz besetzt. In Mülheim a. d. Ruhr, wo Genossin Zieh am 25. Mai sprach, wurde aus der Mitte der Versammlung der

Wunsch laut, die Rednerin möge am ersten Pfingstfeiertag nochmals das Referat übernehmen, da dann ein großer neuerbauter Saal zur Verfügung stände. Genossin Zieh versprach dies unter der Bedingung, daß die gegnerischen Kandidaten eingeladen würden. Schon vor der festgesetzten Zeit am ersten Feiertag waren beide Säle überfüllt, und Hunderte mußten wegen Platzmangels wieder umkehren. Viele waren auf die hinter dem Fenster befindlichen Bäume geklettert. Von den Begnern war keiner in der Versammlung erschienen, trotz der Einladung per eingeschriebenen Briefes. Der Nationalliberale Möller entschuldigte sich per Telegramm, der Zentrumskandidat Peter Holz brieflich, er schäzte Zeitmangel als Grund seines Ausbleibens vor. Der Antisemit Dr. König, der ebenfalls abschlägig antwortete, begründete dies unter Anderem damit, daß er doch die Rednerin nicht bekehren könne, und diese ebenso wenig ihn. Genossin Zieh unterzog das Verhalten der verschiedenen Parteien, sowie die Feigheit der gegnerischen Kandidaten einer scharfen Kritik und forderte zur rastlosen Agitation für die Sozialdemokratie auf. In Guskirchen und Dünwaldt mußten die Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden, weil kein Lokal zu erhalten war. In Guskirchen waren trotz des schlechten Wetters am zweiten Pfingstfeiertag ca. 700 Personen erschienen; in Dünwaldt, wo das Wetter günstiger war, hatten sich etwa 1000 Personen versammelt, die den Ausführungen mit gespannter Aufmerksamkeit folgten und durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung bekundeten. In Düsseldorf, Elberfeld und Barmen waren auch die Frauen zahlreich in den Versammlungen vertreten. In Effen hatte lange vor Beginn der Versammlung die Polizei das Lokal gesperrt, so daß Viele wieder umkehren mußten. Alles in Allem zeigte der gute Versammlungsbesuch, sowie die begeisterte Stimmung an allen Orten, daß wir Schritt für Schritt dem Zentrum Terrain abgewinnen, und daß auch das schwarze Rheinland, wenn langsam, so doch sicher immer mehr roth wird. L. Z.

Im Saalkreise und im Wahlkreis Zeitz hielt Genossin Kähler-Wandsbeck vom 4. bis 24. Juni eine Reihe von Versammlungen zum Zwecke der Wahlagitation ab. Im Saalkreis allein sprach die Referentin in 14 Versammlungen. Ueberall zeigten die Frauen ein reges Interesse für den Wahlkampf und versprachen, mit aller Energie für den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten zu wirken. Wir hoffen, in nächster Nummer einen ausführlichen Bericht über die Agitation der Genossin Kähler geben zu können.

„Pfui, Du bist schlecht!“ hörte sie eine Stimme sagen und nun war sie selbst wieder ein kleines Mädchen und Blanche von Salbern stand vor ihr und sah sie mit zürnenden Blicken an. Aber es war nicht mehr Blanche, das Kind, es war eine Lichterscheinung, war jene Idealgestalt, die ihr Jahre lang als Inbegriff alles Reinen und Edlen vorgeschwebt.

„Pfui, Du bist schlecht!“ Sie schüttelte den Kopf und streckte wie abwehrend die Arme aus: „Nein, nein, ich nicht, kleine Blanche! Ich nicht! Ich habe Dich nicht belogen, — aber er — er betrügt Dich! Du kettest Dich an einen Betrüger und das — das darf nicht sein.“

„Nein, das darf nicht sein!“ — wiederholte sie flüsternd. „Er soll sie nicht auch in seinen Schmutz hinabreißen. Ich werde es verhindern — ich! Noch einmal will ich ihr die Wahrheit lehren, aber diesmal soll sie es mir danken. Das ist die Sühne und dann der Tod — der Tod.“ — Ihre Stimme erstarb in einem Murren, sie schlief ein. Aber die Idee blieb trotzdem fest in ihrer Seele haften. Sie hatte schließlich keinen anderen Gedanken mehr, als an dieses Letzte, das noch zu thun ihr nöthig schien. Es war, als hätte die Aufgabe, die sie sich damit gestellt, belebende Kraft. Sie erholt sich zusehends, sie gab sich Mühe, gesund zu werden, um ihrer Buße und dem Tode näher zu sein.

Und nun war der Tag gekommen, an dem man sie entließ. Mit ihrem Kinde im Arme stand sie vor der Thür des Hospitals in der Lützowstraße, durch die der Dezemberwind große Schneeflocken trieb. Zuerst stand sie zögernd, dann aber flammte eine harte Entschlossenheit über ihr schönes Gesicht. Mit raschen Schritten eilte sie dem in der Kreisstraße gelegenen Heim ihrer einstigen Gespielin zu.

Das Mädchen, welches ihr öffnete, maß sie mit erstaunten Blicken. Das bleiche Weib mit dem kleinen Kinde schien ihr als

Besucherin ihres gnädigen Fräuleins offenbar nicht recht geheuer, dennoch wollte sie nachsehen, ob ihre Herrin zu sprechen sei.

Und sie war zu sprechen; schon nach wenigen Minuten kehrte die Jose zurück und forderte Lene auf, sie zu begleiten. Sie trat in ein großes Erkerzimmer, das mit aller erdentlichen Pracht ausgestattet war, und mitten in dieser Pracht stand Blanche von Salbern, blond, rosig, zart und wie als Kind auch heute wieder in duftige weiße Gewänder gehüllt. Sie trat Lene einen Schritt entgegen: „Sie wünschten mich dringend zu sprechen. Was —“

„Ich bin Helene Burkhard.“ Die Besucherin sprach es leise, und ihre Stimme zitterte.

Der Name fand offenbar keinen Widerhall in Blanche von Salberns Herzen, sie maß die Sprecherin mit einem kühlen Blicke: „Ja, aber ich —“

Lene trat näher: „Helene Burkhard. Wissen Sie nicht mehr? Wir haben einmal zusammen gespielt, da draußen bei Teigel —“

Das Gesicht der schönen Blondine färbte sich dunkler: „Ich — ich erinnere mich — in der That — also Sie? — Aber was wünschen Sie? Soll ich — eine Unterstützung?“ Sie griff nach ihrer Börse.

„Nein“ — Lene richtete sich auf: „Warum ich kam? Weil ich Ihnen danken wollte, Fräulein von Salbern. Ich war ein sehr schlechtes Mädchen damals, aber Sie — Sie haben mich beschützt vor dem Untergang, darum will ich nun meinerseits Sie beschützen.“

„Ich verstehe Sie nicht.“ Die junge Dame wich einen Schritt zurück.

Lene achtete der abweisenden Geberde nicht, ihre Augen glühten wie im Fieber: „Ja, ich will Sie schützen vor einem Schurken. Sie wollen Richard Dernburg heirathen? Das — das darf nicht sein.“ Und als Blanche noch immer regungslos blieb: „Hören Sie? es darf nicht sein! — er ist ein Lump — ein Betrüger — nicht Ihrer Liebe werth! — Mit mir wollte er Sie betrügen — aber ich ging — ging, weil ich Sie nicht belügen wollte — nun

Notizentheil.

(Von Tilly Braun und Klara Bethin.)

Weibliche Fabrikinspektoren.

Zwei Assistentinnen der Fabrikinspektion von Baden sollen dem Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion entsprechend laut Beschluß der Kammer in dem folgenden Budgetjahr angestellt werden. Wie die „Gleichheit“ seiner Zeit mittheilte, hatte die sozialdemokratische Fraktion in der zweiten badischen Kammer einen Antrag eingebracht, der eine weitere Ausgestaltung der Fabrikinspektion bezweckte. Dieser Antrag forderte die folgenden Neuerungen: „1. In größeren industriellen Gebieten des Landes sind Unterinspektionen zu errichten, denen auch die Ueberwachung der Gewerbe- und Handelsbetriebe, der Hausindustrie etc. obliegt. 2. Zum Schutze der weiblichen Arbeiterschaft werden weibliche Fabrikinspektoren ernannt. 3. Die Wahl der für diese Erweiterung des Fabrikinspektorats benötigten Beamten geschieht mittels geheimer und direkter Abstimmung durch die Arbeiterschaft der betreffenden Distrikte.“ Der vom Zentrumsmitglied Pfarrer Schuler verfaßte Bericht der Kammerkommision, die sich mit dem Antrage zu beschäftigen hatte, ist eine 78 Seiten starke, sehr fleißige Arbeit über die Gewerbeaufsicht in Deutschland und dem Auslande. Die Beschlüsse der Kommission standen jedoch im Widerspruch zu dem beigebrachten Material. Die Kommission beschloß nämlich, die Kammer wolle: 1. Ueber die geforderte Ausdehnung der Fabrikinspektion auf Handel und Hausindustrie nicht verhandeln, weil der Landtag zu einer diesbezüglichen Aenderung der Gesetzgebung nicht kompetent sei. 2. Den Antrag auf Schaffung von Unterinspektionen ablehnen, dagegen die Regierung ersuchen, die Frage der Dezentralisation weiter zu prüfen und dieselbe ins Werk zu setzen, sobald alle der Reichsgewerbeordnung unterworfenen gewerblichen Anlagen auch der Gewerbeaufsicht unterstellt werden. 3. Die Regierung auffordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete weibliche Personen auszuwählen und ausbilden zu lassen und im nächsten Budget die Mittel vorzusehen, damit dieselben als Assistentinnen der Gewerbeaufsicht angestellt werden können. 4. Den Antrag auf Wahl der Aufsichtsbeamten durch die Arbeiter ablehnen, dagegen die Regierung auffordern, für Bestellung von Vertrauenspersonen als Vermittlungsorgane besorgt zu sein. Der Vertreter der Regierung hatte in der Kommission den Antrag auf Wahl der Auf-

sichtsbeamten durch die Arbeiterschaft als durchaus unannehmbar erklärt, „weil die Gewerbeordnung in § 139b, 1 deren Ernennung durch die Landesregierungen vorschreibe und weil man sich nicht einseitig auf den Standpunkt der Arbeiter stellen dürfe“. Die Kommission trat diesem Standpunkt bei, erklärte sich dagegen einstimmig für die Bestellung von Vertrauenspersonen. Betont wurde, daß die Nothwendigkeit sich herausgestellt habe, zwischen Fabrikinspektion und Arbeiterschaft ein Mittelglied zu schaffen, welchem Arbeiter und Arbeiterinnen ihr volles Vertrauen entgegenbringen können, und welches die Arbeiten der Fabrikinspektion zu fördern im Stande ist. Die bisherige Thätigkeit der Vertrauenspersonen, zumal der weiblichen, habe manche Anregung zur Beseitigung von Mißständen gegeben. Der Beschluß der Kommission, die Ausbildung und Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren betreffend, wurde mit 9 gegen 7 Stimmen gefaßt. Als berufene Vorkämpferin für die proletarischen Interessen konnte die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit den Beschlüssen der Kommission nicht einverstanden sein. Sie stellte ihnen vielmehr bei den Kammerverhandlungen einen Gegenantrag entgegen, der auch von den Demokraten unterzeichnet wurde. Dieser Antrag weicht von dem früher eingebrachten in mehreren Punkten ab, und dies mit Rücksicht auf die Anträge, welche zur Reform der Gewerbeaufsicht des ganzen Reiches seitens der Sozialdemokratie im letzten Reichstage eingebracht und die noch nicht erledigt worden sind. Der Antrag lautete: „Die zweite Kammer wolle beschließen: 1. Die großherzogliche Regierung zu ersuchen, in den größeren Industriebezirken des Landes Unterinspektionen zu errichten. 2. Die Regierung aufzufordern, zwei zur Fabrikaufsicht geeignete weibliche Personen auszuwählen und ausbilden zu lassen und im nächsten Budget die Mittel vorzusehen, damit dieselben als Assistentinnen der Gewerbeinspektion angestellt werden können. (Entspricht Punkt 3 des Kommissionsantrags.) 3. Die Regierung aufzufordern, für Bestellung von Vertrauenspersonen als Vermittlungsorgane besorgt zu sein und bei der Anstellung von nicht akademisch gebildeten Beamten der Gewerbeinspektion den Arbeitern das Vorschlagsrecht einzuräumen.“ Die Kammer nahm diese Anträge mit großer Mehrheit an, ebenso den Antrag der Kommission, über die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf Handel und Hausindustrie nicht zu verhandeln. Genosse Dreesbach begründete die sozialdemokratischen Forderungen in äußerst wirksamer Weise. Zur Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren verwies er u. A. auf die immer ausgedehntere Verwendung weiblicher Arbeitskräfte. Die Gesellschaft habe die Verpflichtung, das Erwerbsleben des weiblichen Geschlechts zu fördern, die wirtschaftlichen und sittlichen Interessen der Arbeiterinnen

sucht er sich vielleicht Andere, und das hier — sehen Sie das hier, das ist sein Kind!“

Sie hatte das alles in schluchzenden, halbstammelnden Tönen gesprochen, und Blanche hatte ihr bewegungslos zugehört. Als indessen Lene bei den letzten Worten das Bündelchen in ihren Armen höher hob, kam Leben in das Marmorbild vor ihr. Hochmüthig warf Blanche den Kopf zurück: „Ah! — Sie sind die Person aus der Linkstraße? Unverschämte Frechheit, hier einzubringen! Sofort hinaus!“ Mit einer gebieterischen Handbewegung wies sie zur Thüre.

„Sie — Sie wußten darum?“

„Verlassen Sie mich!“

Allein Lene ging trotzdem noch nicht aus dem Zimmer. Sie stand wie zu Stein erstarrt: „Sie wußten darum, und Sie wollten ihn dennoch heirathen? Sie — hätten es vielleicht auch ganz selbstverständlich gefunden, wenn ich auch fernerhin Richards — Geliebte geblieben wäre?“

„Bleiben Sie es, oder bleiben Sie es nicht, ich kümmere mich nicht um meines Mannes — Dirnen!“

„Ah!“ Lene zuckte zusammen wie unter einem Peitschenhieb; dann stieß sie ein schrilles unheimliches Lachen aus: „Ah! also auch in Ihnen habe ich mich geirrt! Sie sind ihm gleich! Alle seid Ihr einander gleich, Ihr — Reinen! Die Natur beim Namen nennen, das wollt Ihr nicht, das heißt Ihr schlecht — aber die Sünde thun, Lug und Trug und Ehebruch treiben, Euch verkaufen, das ist Euch geläufig! . . . Klingeln Sie nicht, Blanche von Salbern —“, sie faßte die nach der elektrischen Glocke greifende Hand des Mädchens und hielt sie wie mit eisernen Klammern fest. „Ich habe Ihnen nur noch wenige Worte zu sagen, und die müssen Sie hören! Ja, Sie werden mich hören!“ Ihre Stimme nahm einen drohenden Ton an: „Eine Dirne hast Du mich genannt, Blanche von Salbern, eine Dirne, weil ich dem Manne

meiner Liebe Alles gab? Nun, und Du, Blanche von Salbern, Du, die sich an ihn verkauft für Geld, was bist Du? Dich vor ihm zu warnen kam ich her! Heute sage ich Dir, nimm ihn! Theile Dich in ihn mit anderen Dirnen! Ich theile nicht mit Dir, Blanche von Salbern, Du bist mir zu gemein, wie er mir zu gemein ist!“ Mit einer stolzen Geberde der Verachtung schlenberte sie die Hand des blonden Mädchens von sich und verließ das Zimmer.

Als sie wieder auf der Straße war, athmete sie auf. Es war ihr, als sei ein Bann von ihr gewichen. Langsam schritt sie der Stadt entgegen. Was nun? Nach Wannsee? Sterben? Sie blieb plötzlich stehen und schüttelte heftig den Kopf. Sterben, warum denn? Weil die Menschen da oben sie enttäuscht und betrogen hatten? War deren Achtung eine Thräne werth? Sie lachte laut auf, und es war etwas Helles, Sieghaftes in ihrem Lachen. Sterben? Nein, leben wollte sie jetzt, leben für sich und ihr Kind. Aufwachsen sollte er, ihr Sohn, aufwachsen mit offenem Sinn und hellem Blick für den Unterschied von Gut und Böse, dem Gut und Böse, das nicht nach Form und Herkommen fragt, sondern mit ehernen Lettern eingeschrieben ist in jedes echt empfindende Menschenherz.

Und als könnte jedes Zögern Unheil bedeuten, eilte sie mit raschen Schritten nach dem nächsten Postamt, forderte eine Korrespondenzkarte und schrieb mit fester Hand:

„Mein lieber, verehrter Herr Westhoff! Wenn Sie mir wirklich noch einmal Vertrauen schenken wollen und Ihr Herr Schwager eine arbeitslustige Direktrice gebrauchen kann, stehe ich jeden Tag zu Ihrer Verfügung; Nachrichten erwartet vorläufig unter H. B., Postamt 18, Ihre dankbare Helene Burkhard.“ Dann preßte sie ihr Kind an die Brust und ging hinaus in die Winternacht, dem neuen Leben entgegen, dem Leben für ihren Sohn.

zu schirmen und ihnen ausgiebigen Schutz zu gewährleisten. Die nötigen Mittel für die Anstellung von zwei Assistentinnen der Fabrikinspektion seien in das nächste Budget einzustellen. Die Fabrikinspektion sei in erster Linie zum Schutze der Arbeiterschaft und nicht der Fabrikanten geschaffen worden. Daher auch die Forderung, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen betreffs der Wahl der Aufsichtsbeamten Vorschläge machen sollten, auf Grund deren die Regierung die Ernennung vollziehe. Jedenfalls müßten die Vertrauenspersonen das Vertrauen der Arbeitskräfte besitzen. Ministerialdirektor Schenkel erklärte, daß die Regierung im Allgemeinen mit den Anträgen der Kommission einverstanden sei, und daß sie auch nichts gegen Unterinspektionen einzuwenden habe, wenn solche sich als notwendig erweisen. Was die Anstellung von Assistentinnen anbelange, so sei die Regierung der Ansicht, daß Frauen von guter allgemeiner Bildung mit der erforderlichen Sachkenntniß auszurüsten und zu verwenden seien. Gegen diesen Standpunkt wendete sich in sehr zutreffender Weise der Nationalliberale Fieser. Er betonte die Nothwendigkeit, bei Anstellung von Assistentinnen nicht in erster Linie auf eine umfassende allgemeine Bildung zu sehen, vielmehr auf das Vertrautsein mit den Verhältnissen der Arbeiterinnen und auf praktische Erfahrungen. „Unter den Frauen, die in der Fabrik gewesen sind“, so sagte er, „wird man genug klare und erfahrene Köpfe finden, die befähigt sind, Gehilfinnen des Fabrikinspektors zu sein.“ Herr Fieser erklärte außerdem, daß er für den ganzen sozialdemokratischen Antrag stimme, „der nichts Unbescheidenes verlange“. Warum Herr Fieser und mit ihm sehr viele Nationalliberale des badischen Landtags auf einmal ihr arbeiterfreundliches Herz entdeckt haben, das bekannte der Führer der Fraktion Drehscheibe mit schöner Offenheit: das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen hat gewarnt. „Der 16. Juni wird wieder vielen Leuten die Augen geöffnet und ihnen gezeigt haben, daß es nothwendig ist, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen und Alles zu thun, um zum Frieden zu gelangen“, so erklärte er. Der Druck von unten hat also wieder einmal seine Wirkung gethan und die Einsicht erzwungen, welche Thatfachen über Thatfachen seit Langem vergeblich predigten. Der badische Landtag hat mit seinen Beschlüssen einen entscheidenden und guten Schritt vorwärts zur Reform der Gewerbeaufsicht gethan. Damit diese Beschlüsse in die That umgesetzt werden, müssen sie allerdings noch die Billigung der Ersten Kammer und der Regierung finden. Aber nach den Erklärungen des Regierungsvertreters ist diese Billigung so gut wie gewiß, eine Ausnahme dürfte eventuell nur bezüglich des Punktes eintreten, welcher das Vorschlagsrecht der Arbeiterschaft bei der Wahl der nichtakademisch gebildeten Aufsichtsbeamten fordert. Was insbesondere die Anstellung von weiblichen Gewerbeinspektoren anbelangt, so ist dieselbe nun endgiltig gesichert. Mit Hessen und Bayern darf Baden den Ruf beanspruchen, Verständnis für eine Reform gezeigt zu haben, welche im Interesse von vielen Tausenden von Arbeiterinnen unbedingt nöthig ist.

Die Anstellung der beiden Assistentinnen der Fabrikinspektion in Bayern soll am 1. Oktober dieses Jahres erfolgen. An dem Kurfürsten, der zur Ausbildung der Fabrikinspektorinnen in München stattfand, und zwar unter Leitung des Inspektors für Oberbayern, Herrn Poellath, nahmen 23 Damen Theil. Es verlautet noch nichts, welche der Bewerberinnen Aussicht haben, als Assistentinnen angestellt zu werden.

Zur Frage der Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren äußert sich der Aufsichtsbeamte für Oberelsaß, Gewerbeberath Crépin, in dem Jahresbericht der Fabrikinspektion für 1897. Er ist der Ansicht, daß zur Zeit für die Anstellung weiblicher Inspektoren noch kein Grund vorliege, weil der Mann als Aufsichtsbeamter auch in sittlicher Beziehung ebenso Schutz gewähren könne wie die Frau, wenn demselben das erforderliche Vertrauen geschenkt werde. Herr Crépin hat damit für die Nichtnothwendigkeit der Reform keinen beweiskräftigen Grund angegeben, vielmehr nur eine sehr unmaßgebliche Meinung. Wir sagen „unmaßgebliche Meinung“, weil der vertretene Standpunkt sich nicht auf Thatfachen stützt, sondern lediglich mit dem berühmten „Wenn“ operirt, mit dem man alles beweisen und alles machen kann. Wie denn heißt es im Liede: „Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht, hat sicher aus Häckerling Gold schon gemacht.“ Wenn der Fabrikant die Bestimmungen der Gewerbeordnung mit peinlichster Gewissenhaftigkeit respektirt, so brauchen wir keine Gewerbeaufsicht. Wenn der Fabrikant seine Arbeitsbedingungen nicht in erster Linie mit Rücksicht auf seinen Profit zuschneidet, vielmehr ausschließlich mit Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen und der Gesellschaft, so brauchen wir keine Gewerbeordnung. Derartige Argumentationen stehen auf der gleichen Höhe wie Herrn Crépins Schlussfolgerung. Die Thatfachen lehren überall, daß die Arbeiterinnen im Allgemeinen einer Geschlechtsgefährtin

größeres Vertrauen entgegenbringen, als einem männlichen Beamten, mag derselbe noch so vertrauenswürdig sein. Die Folge davon ist, daß die weiblichen Gewerbebeamten einen tieferen Einblick als Männer vor Allem in sittliche und hygienische Mißstände erlangen, unter denen die Arbeiterinnen bei ihrer Erwerbsarbeit leiden. Ihre Thätigkeit verbürgt deshalb auch einen wirksameren Schutz der Arbeiterinneninteressen, als das Wirken der männlichen Beamten. Was englische Unternehmer, Unternehmerinnen und Fabrikinspektoren in der Hinsicht erklärt haben, und zwar gestützt auf persönliche Erfahrungen und illustriert durch Beispiele, das klingt ganz anders, aber weit überzeugender als das beweisunkräftige „Wenn“ des Herrn Crépin. Die Elsässer Textilarbeiterinnen dürften in der Frage wesentlich anders denken, als der Herr Gewerbeberath. Die organisirten Textilarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands haben auf ihren Kongressen wiederholt die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren gefordert.

Die Vermehrung der Zahl der weiblichen Fabrikinspektoren fordern in England Blätter der verschiedensten Richtung. Ihre Forderung ist durch den folgenden Thatbestand angeregt worden. Die Zündholzfabrik von Bryant & May in Whitechapel, London, rühmte sich stets, daß in ihr die gesetzlichen Bestimmungen über die Verarbeitung des Phosphors strikte durchgeführt würden und völlig ausreichend seien, Gesundheit und Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die furchtbare Phosphornekrose zu schützen. Thatsächlich war weder das Eine noch das Andere der Fall. Die in Folge von Phosphorvergiftung vorkommenden Krankheits- und Todesfälle wurden jedoch nicht der gesetzlichen Vorschrift entsprechend dem Fabrikinspektor und dem Bezirksarzt angezeigt. Der Fabrikinspektor war bis in die letzte Zeit überzeugt, daß bezüglich der gesundheitlichen Bedingungen des Betriebs alles zum Besten bestellt sei. Kürzlich konnte jedoch die Firma nicht verheimlichen, daß Phosphornekrose die Ursache des Todes eines Arbeiters war. Gleichzeitig brachte die radikale Zeitung „Star“ eine Reihe von Fällen ans Licht, aus denen hervorging, welche schweren gesundheitlichen Schädigungen die Arbeiterschaft der Fabrik ausgesetzt ist. Dadurch wurde der Fabrikinspektor zu einer genauen offiziellen Untersuchung veranlaßt, die ergab, daß seit 1893 nicht weniger als sechs Todesfälle in Folge von Phosphornekrose erfolgt und ebenso wie eine Zahl schwerer Erkrankungen von der Firma verheimlicht worden sind. Die gerichtlichen Verhandlungen über diesen Thatbestand ergaben, daß der Fabrikinspektor und das Inspektionsamt geflissentlich getäuscht worden sind. Wären auf die wiederholt gestellten Fragen die richtigen Antworten erfolgt, so würden unbedingt die betreffenden Vorschriften verschärft worden sein. Der Polizeirichter verurtheilte die Gesetzesübertretung als eine sehr schwere und erkannte auf die höchste Strafe. Aber die öffentliche Meinung erachtet, daß damit die vorliegenden Fälle von moralischem Morde nicht genügend gesühnt sind. Vor Allem fordert sie, daß für die Zukunft solche betrügerische Verheimlichungen unmöglich werden. Zeitungen aller Schattirungen treten deshalb für schärfere gesetzliche Vorschriften und für eine Reform der Fabrikinspektion ein, insbesondere aber u. A. für die Anstellung weiterer Fabrikinspektorinnen. Die Firma Bryant & May konnte die Vergiftungsfälle nur so lange vertuschen, weil sie dabei von den Arbeitern und Arbeiterinnen selbst unterstützt wurde. Die Zeitungen betonen nun auf Grund der vorliegenden Erfahrungen, daß eine Fabrikinspektorin wahrscheinlich längst hinter den wahren Sachverhalt gekommen wäre, weil sie als Frau leichter das Vertrauen der Arbeiterinnen gewonnen hätte. Wir stimmen dieser Auffassung gewiß zu, indeß darf das Eine nicht vergessen werden: weder die strengsten Vorschriften, noch die wirksamste Inspektion durch weibliche Aufsichtsbeamte wird den Phosphorvergiftungen ein Ende bereiten. Da hilft nach dem Urtheil von Autoritäten nur ein Mittel: das Verbot der Verwendung von gelbem Phosphor.

Frauenstimmrecht.

* **Das kirchliche Frauenstimmrecht in der Schweiz.** Die Synode der „Freien Kirche“ des Kantons Waadt hat jetzt den Frauen in Kirchensachen das aktive Stimmrecht zuerkannt. Bereits 1884 hatte Dr. Dufour (Lausanne) bei Berathung der waadtländischen Kantonsverfassung die Ansicht geäußert, es solle den volljährigen Frauen die Stimmberechtigung bei der Wahl der Geistlichen verliehen werden. Er bemerkte, daß es eine hohe Ehre für die Verfassung sein würde, wenn sie den Grundsatz des kirchlichen Frauenstimmrechts aufnahm. Dr. Dufours Vorschlag wurde jedoch damals vom Verfassungsberath mit 182 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Wie schnell die vertretene fortschrittliche Idee an Boden gewonnen hat, beweist das nun vorliegende Resultat. Der im Kanton Waadt von der freien Kirche ge-

faßte Beschluß dürfte bewirken, daß auch die Staatskirchen der protestantischen Kantone den Frauen in Kirchenangelegenheiten das Stimmrecht verleihen. Von verschiedenen Seiten wird die Neuerung im Interesse eines regeren kirchlichen Lebens befürwortet. Zumal in den Städten erfolgen die Wahlen der Pfarrer unter sehr schwacher Beteiligung der Wähler. Da erwartet man denn, daß die Frauen, die durchschnittlich bessere Kirchenbesucherinnen sind, sich bei Zuerkennung des Stimmrechts rege an den Wahlen beteiligen werden.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und Verkehrswezens.

Zunahme der Frauenarbeit in den Vereinigten Staaten.
Für die Jahre 1870, 1880 und 1890 ist eine statistische Zusammenstellung über die Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten gemacht worden, aus der die bedeutende Zunahme der Frauenarbeit erhellt. Es wuchs die Anzahl aller Arbeiter im Alter von über 10 Jahren von 12505923 im Jahre 1870 auf 17392099 im Jahre 1880 und auf 22735661 im Jahre 1890. Diese vertheilen sich folgendermaßen. Es waren männliche Arbeiter beschäftigt:

	1870	1880	1890
Landwirtschaft	5744314	7409970	8333813
Freie Berufe	278841	425947	632646
Häusliche und persönliche Dienste	1338663	2321937	2692879
Handel und Transport	1209571	1803629	3097701
Industrie und Gewerbe	2098246	2783459	4064051
Zusammen	10669635	14744942	18821090

Dagegen waren weibliche Arbeiter beschäftigt:

	1870	1880	1890
Landwirtschaft	397049	594654	679523
Freie Berufe	92257	177255	311687
Häusliche und persönliche Dienste	973157	1181506	1667698
Handel und Transport	19828	62852	228421
Industrie und Gewerbe	353997	630890	1027242
Zusammen	1836288	2647157	3914571

Die Zahl der Arbeiter stieg also in den 20 Jahren um 8151455 oder um rund 76 Prozent, die Zahl der Arbeiterinnen um 2078288 oder um rund 113 Prozent. Eine verhältnismäßige Abnahme der Frauenarbeit — bei absoluter Zunahme — hat nur auf dem Gebiete der häuslichen und persönlichen Dienste stattgefunden. Hier kamen auf je 100 Männer 1870 etwas über 72 erwerbsthätige Frauen und Mädchen, 1890 jedoch nur noch nicht ganz 62. Auf allen anderen Gebieten ist sowohl eine relative, wie eine absolute Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte zu verzeichnen. Es kamen in der Landwirtschaft 1870 auf je 100 Männer fast 7 Arbeiterinnen, 1890 etwas über 8. In den freien Berufen wurden 1870 auf 100 Männer 33 Frauen gezählt, 1890 deren aber 49. Auf 100 Männer waren 1870 im Handel und Transport nur fast 2 Frauen beschäftigt, 1890 jedoch etwas über 7. In Industrie und Gewerbe arbeiteten 1870 auf je 100 Männer fast 17 Frauen, 1890 aber etwas über 25. Wie in Deutschland so weist auch in den Vereinigten Staaten das Gebiet des Handels und Transports die stärkste Zunahme der Frauenarbeit auf, sehr beachtenswerth ist ferner das bedeutende Anschwellen der Zahl der Frauen und Mädchen, die in den sogenannten freien Berufen thätig sind. Summa Summarum erweisen die vorliegenden Zahlen, daß der Kapitalismus in den Vereinigten Staaten, wie überall, wo er festen Fuß faßt, bezüglich der Thätigkeit und Stellung der Frau sein revolutionäres Werk thut.

Frauenbewegung.

Die Rückständigkeit und Schwäche der deutschen Frauenrechtleri ist durch ihre völlige Thätlosigkeit gelegentlich der letzten Wahlen wieder in hellster Beleuchtung gezeigt worden. In anerkennenswerther Weise hatten die Damen Cauer und Augspurg den Versuch gemacht, die deutschen Frauenrechtlerinnen im Interesse einer höheren Rechtsstellung des weiblichen Geschlechts zur Theilnahme an den Wahlkämpfen heranzuziehen. Dieser Versuch ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Der Wahlkampf läßt nirgends auch nur eine Spur der frauenrechtlerischen Bethätigung erkennen. Wir hören nichts davon, daß frauenrechtlerische Organisationen oder Beauftragte auf Grund eines bestimmten Programms fordernd an die Reichstagskandidaten herangetreten sind. Wir erfahren nichts, daß frauenrechtlerischerseits der vorhandene persönliche und soziale Einfluß aufgeboten worden ist, um solche Kandidaten zu unterstützen, welche sich verpflichteten, für die Gleichberechtigung der Geschlechter im Reichstag einzutreten. Von den Frauenrechtlerinnen ist auch nicht eine einzige Versammlung einberufen worden, die sich mit den Reichstags-

wahlen beschäftigt und vom Standpunkt der Fraueninteressen aus Stellung zu ihnen genommen hätte. Kurz, Gleichgiltigkeit und die Politik des Nur-nicht-rühren auf der ganzen Linie. Oder sollte vielleicht das politische Interesse der Frauenrechtlerinnen zur Gattung der heißbrennenden „heimlichen Liebe“ gehören, „von der Niemand nichts weiß?“ Gleicht ihre politische Bethätigung vielleicht „dem kleinen Veilchen“, das „fromm und gut“ im Verborgenen blüht? Wir glauben kaum. Wie auffällig sticht die Thätlosigkeit der Damen nicht ab von dem Thatendrang, welcher sich mächtig in den frauenrechtlerischen Seelen regt, wenn es sich darum handelt, Protest zu erheben gegen die verunmöglichte Errichtung eines Mädchengymnasiums; Stellung zu nehmen zur Frage eines Reformkostüms oder sich mit ähnlichen welterschütternden Materien zu beschäftigen. Man vergleiche mit der Haltung der deutschen Frauenrechtlerinnen das Vorgehen ihrer englischen, französischen, amerikanischen Schwestern, die Agitation der christlich-sozialen Frauen in Wien! Man stelle ihr die Begeisterung, den Feuereifer und die Opferfreudigkeit gegenüber, die unsere Genossinnen im Wahlkampf bethätigten. Jeder solche Vergleich fällt über die deutsche Frauenrechtleri ein schärferes Urtheil, als die schärfsten Worte es zu fällen vermöchten.

Zur Frauenfrage hat sich Henrik Ibsen, der berühmte norwegische Dichter, in sehr charakteristischer Weise geäußert. Zu seinem 70. Geburtstag fand unter anderen Ehrungen ein Fest des Frauenvereins zu Christiania statt, auf dem der Dichter der „Nora“ als Vorkämpfer für die Frauenemanzipation gefeiert wurde. Henrik Ibsen antwortete darauf aus dem Stegreif das Folgende: „Alles, was ich gedichtet habe, ist nicht von einer bewußten Tendenz ausgegangen. Ich bin mehr Dichter, weniger Sozialphilosoph gewesen, als man im Allgemeinen zu glauben geneigt ist. Ich habe niemals die Frauensache als eine Frage an und für sich betrachtet, sondern immer als eine Menschenfrage, nicht als eine Frauenfrage. Es ist sicher wünschenswerth, die Frauenfrage neben den anderen Fragen zu lösen, aber das ist nicht die ganze Absicht gewesen. Meine Aufgabe war die Menschenschilderung, ist diese aber einigermaßen treffend, dann legt der Leser seine eigenen Gefühle und Stimmungen hinein und schreibt sie dem Dichter zu. Man dichtet des Dichters Werk um. Denn nicht allein die, die schreiben, auch die, die lesen, dichten: sie sind Mitdichter. Oftmals sind sie noch poesievoller als der Dichter selbst. Für mich stand es allezeit als eine Aufgabe fest, das Land zu heben und dem Volke eine höhere Stellung zu geben. Bei dieser Arbeit machen sich zwei Faktoren geltend: es gilt für die Mütter durch langsames und angestrenktes Arbeiten ein bewußtes Gefühl von Kultur und Disziplin zu erwecken. Dies muß bei den Menschen hervorgehoben werden, ehe man das Volk weiter heben kann. Die Frauen werden die Menschenfrage lösen, sie müssen es als Mütter thun! Darin liegt eine große Aufgabe für die Frauen.“

Ueber die Zulassung der Frauen zur Advokatur im Kanton Zürich hat das Zürchervolk am 3. Juli gelegentlich einer Gesetzesvorlage abzustimmen, welche eine Neuregelung der Bedingungen für Ausübung der Praxis als Advokat bezweckt. Bisher konnte die Advokatur von jedem aktiven Schweizerbürger frei ausgeübt werden, ein Stand der Dinge, der mehrfache Mißstände gezeitigt haben soll. Zweifelhafte Elemente haben sich zu der Praxis gedrängt und das Recht suchende Publikum geschädigt. Die Gesetzesvorlage macht nun die Ausübung der Advokatur von einem Befähigungsnachweis zur Führung eines Prozesses abhängig. Dieser Befähigungsnachweis muß vor dem Obergericht durch eine abgelegte Prüfung erbracht werden, zu der jedoch nur zugelassen wird, wer ein Jahr lang bei einem Zürcher Gericht oder Rechtsanwalt thätig war. Betreffs der Zulassung der Frauen zur Praxis bestimmt § 5 der Gesetzesvorlage: „Schweizerbürgerinnen sind für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs den Schweizerbürgern gleichgestellt. Ehefrauen bedürfen für die Ausübung des Rechtsanwaltsberufs der Zustimmung des Ehemannes.“ Die Regierung sagt zur Begründung dieser Bestimmung: „Diese Erweiterung der Frauenrechte erscheint durchaus gerechtfertigt, nachdem auch weiblichen Personen der Zutritt zu den höheren Unterrichtsanstalten und speziell auch zu der juristischen Fakultät unserer Hochschule gestattet worden ist. Es wäre unbillig, ihnen nunmehr nicht die Anwendung des erworbenen Wissens im praktischen Leben zu ermöglichen, ihnen ein Recht, das sie vor dem Bundesgericht bereits ausüben dürfen, vor den Zürcherischen Gerichten zu versagen.“ Das ist sehr zutreffend. Recht interessant ist die Thatfache, daß vor dem Bundesgericht, das die höchste Gerichtsinstanz für die Schweiz ist, wie das Reichsgericht für Deutschland, Frauen schon jetzt plädiren dürfen. Ueber den § 5 der Gesetzesvorlage, der sich auf die Ausübung der rechtsanwaltlichen Praxis durch Frauen bezieht, wird gesondert abgestimmt.